

Zuwanderung verantwortungsvoll gestalten

Jenseits von Populismus und Sozialromantik –
Liberales Antworten auf Armutszuwanderung

Um unser Wohlstandsniveau, die Zahl unserer Arbeitsplätze und unsere sozialen Sicherungssysteme zu erhalten, ist Deutschland auf die Zuwanderung von Arbeitskräften angewiesen. Anders als in den neunzehnhundertneunziger Jahren wandern heute vornehmlich hochqualifizierte, gut ausgebildete Menschen nach Deutschland ein. Dies gilt auch für die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien.

Es gibt keinen massenhaften Zuzug in die Sozialsysteme. Deutschland und Nordrhein-Westfalen profitieren weiterhin erheblich von der europäischen Freizügigkeit und Einwanderung. Wer aus populistischen Motiven versucht, Vorurteile in der Bevölkerung zu schüren und Zuwanderer abzuschrecken, schadet letztlich nationalen Interessen und dem guten Ruf der Bundesrepublik im Ausland.

Für einige Großstädte wie Dortmund oder Duisburg müssen wir jedoch leider feststellen: Es gibt eine zunehmende Armutszuwanderung in bestimmte Stadtteile. Auch wenn es sich bisher um eine Randerscheinung der Freizügigkeit handelt: Die betroffenen Kommunen stehen vor massiven Problemen, die sie alleine nicht mehr bewältigen können.



Misstände verschwinden nicht, wenn man sie verschweigt. In den betroffenen Stadtteilen erleben Menschen echte Armut vor ihrer Haustür und die Verwahrlosung von Stadtvierteln. Berichte über osteuropäische Einbrecherbanden, organisierten Sozialmissbrauch, Ausbeutung von Einwanderern und unbeschulbare Kinder verunsichern Bürgerinnen und Bürger.

Die FDP-Landtagsfraktion hat deshalb ein umfassendes Konzept zum Umgang mit der Armutszuwanderung erarbeitet – jenseits von Populismus und Sozialromantik.

Bund, Land und die Europäische Union sind gleichermaßen in der Pflicht, schnell, unbürokratisch und ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen, damit von Armutsmigration stark betroffene Kommunen die gestiegenen Kosten etwa bei Beschulung, Gesundheit und Integration finanzieren können. Hierfür soll der Bund einen Fonds einrichten, der sich aus EU-Geldern speist, die von anderen Ländern nicht abgerufen wurden und in den Bundeshaushalt zurückgeflossen sind.

Die Europäische Union muss zudem aktiv werden und dafür sorgen, dass Rumänien und Bulgarien mit geeigneten Mitteln wirksam und nachhaltig die Lebensbedingungen ihrer Minderheiten im eigenen Lande verbessern, um so mittelfristig die Ursachen der Armutsmigration abzubauen.

Um die Akzeptanz der Freizügigkeit zu erhalten, muss klargestellt werden: Freizügigkeit bedeutet nicht automatisch Anspruch auf Sozialleistung. Um dieses Prinzip umzusetzen, muss das EU-Recht präzisiert werden.

Kommunen müssen das Ordnungsrecht umfassend durchsetzen können. Ordnungspartnerschaften können steigende Kriminalität und auch die Ausbeutung der Armutsfüchlinge mindern. Der Schulbesuch der Kinder muss sichergestellt werden. Es bedarf eines Kompetenzzentrums, welches bei unklaren Versicherungsverhältnissen dafür sorgt, dass Herkunftsländer ihren Bürgern diskriminierungsfrei die vorgeschriebene EU-Krankenversicherungskarte ausstellen.

■ FDP-Antrag: Probleme der Armutsmigration offensiv begegnen

Positionen zur Armutszuwanderung

„Es ist für mich als Liberaler nicht hinnehmbar, dass im 21. Jahrhundert Tausende von Menschen mitten in Europa quasi auf der Müllhalde leben.“

Joachim Stamp, integrationspolitischer Sprecher und stellv. Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion gegenüber der Verwaltung in Plovdiv, Bulgarien

■ Rede zur Armutszuwanderung vor dem Landtag am 19. Februar 2014

„Wir müssen die Freizügigkeit in Europa verteidigen. Klar ist aber auch, dass Freizügigkeit nicht automatisch Anspruch auf Sozialleistungen bedeutet. Das muss im deutschen und europäischen Recht klargestellt werden.“

Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion

„Bürger in den neu entstehenden sozialen Brennpunkten haben ein Recht darauf, vor einem unzumutbaren Wohnumfeld wirkungsvoll und dauerhaft geschützt zu werden.“

Holger Ellerbrock, wohnungsbaupolitischer Sprecher und MdL aus Duisburg

FDP vor Ort in Bulgarien

Minderheiten, insbesondere die Volksgruppe der Roma, leben in ihrer Heimat in teils menschenunwürdigen Verhältnissen. EU-Mittel zur Verbesserung der Perspektiven in den Heimatländern werden von den dortigen Regierungen nur unzureichend abgerufen. Dr. Joachim Stamp und der Vorsitzende der FDP-Gruppe im EU-Parlament Alexander Graf Lambsdorff (siehe Foto) führen nach Bulgarien, um mit Betroffenen und Verantwortlichen zu sprechen und eine Verbesserung der Lebenssituation der Roma einzufordern.